

IHK-Vollversammlung

8. März 2023 | München

Protokoll



**Tagesordnung der Sitzung der Vollversammlung
am 8. März 2023
von 15:00 – 18:01 Uhr
im IHK-Stammhaus sowie per Webex**

-
- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
-
- TOP 2 Bericht des Präsidenten
-
- TOP 3 Wiederbestellung des Hauptgeschäftsführers
-
- TOP 4 Aktuelles aus den Regionen
-
- TOP 5 Politische Themen / Gesamtinteressenvertretung
- 5.1 Mantelpapiere Landtagswahl Bayern 2023
 - 5.2 Aktualisierung der bundespolitischen Mantelpapiere
 - 5.3 IHK-Position zur EU-Richtlinie über die Haftung für fehlerhafte Produkte
 - 5.4 IHK-Position:
„Klimaschutzverträge richtig gestalten und als Übergangsförderung ausweiten“
 - 5.5 IHK-Position zu Superabschreibungen:
„Investitionsturbo durch bessere Abschreibungsregeln zünden“
-
- TOP 6 Selbstverwaltung
- 6.1 Übertragung der Aufgabe „Ausstellung von Carnet A.T.A. / CPD“ von der IHK Nürnberg für Mittelfranken auf die IHK für München und Oberbayern
 - 6.2 Neuberufung der Arbeitgebervertreter/-innen des Berufsbildungsausschusses für die Amtsperiode 2023 – 2027
-
- TOP 7 Bericht der Geschäftsführung
-
- TOP 8 Verschiedenes

**Sitzung der Vollversammlung
der IHK für München und Oberbayern
am Mittwoch, 8. März 2023, 15:00 – 18:00 Uhr
Börsensaal, IHK-Stammhaus
München**

TOP 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Vor dem offiziellen Start der Sitzung erfolgt anlässlich des Weltfrauentags die Aufnahme eines Fotos aller Teilnehmerinnen an der Vollversammlung.

Klaus Josef Lutz eröffnet die hybride Sitzung der IHK-Vollversammlung um 15:02 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit der Vollversammlung nach § 5 Absatz 5 der IHK-Satzung fest, da mit 46 Personen die Mehrheit der Mitglieder vertreten ist. Silke Reidl erläutert im Anschluss die organisatorischen Details zu Wortmeldungen in Präsenz und im hybriden Raum.

Die Sitzungseinladung wurde am 22. Februar versandt. Bis zum 2. März wurden alle Unterlagen vollständig auf die Ehrenamtsplattform gestellt. An der Ordnungsmäßigkeit der Einladung werden keine Zweifel geäußert. Es gibt keine Einwände zur Tagesordnung.

Silke Reidl erläutert das Online-Abstimmungstool VOTR. Daraufhin erfolgt die Abstimmung über die Tagesordnung, die mit 55 Ja-Stimmen, einer Enthaltung und ohne Gegenstimme angenommen wird.

TOP 2 Bericht des Präsidenten

Klaus Josef Lutz berichtet aus einem Austausch in Berlin mit Jörg Dittrich, dem neuen Präsidenten des Zentralverbands des Deutschen Handwerks. Dittrich gab zu bedenken, dass der Wärmepumpen-Ausbauplan des BMWK mangels Verfügbarkeit an Fachkräften und Material im vorgesehenen Zeitplan nicht realisierbar sei.

Klaus Josef Lutz informiert, dass die IHK mit Blick auf die bayerische Landtagswahl im Oktober 2023 ab Mitte Mai an keinen öffentlichen Veranstaltungen von bzw. mit politischen Parteien oder deren Kandidatinnen und Kandidaten aktiv teilnimmt. Politikberatung zu Sachthemen findet selbstverständlich weiterhin statt. Auch seien weiter Mitglieder des bayerischen Kabinetts in ihrer Funktion als Amtsträger bei IHK-Veranstaltungen zu Gast, wie zum Beispiel beim IHK-Jahresempfang (Ministerpräsident) oder beim IHK-Umweltdialog (Staatsminister).

Weiterhin berichtet der Präsident von den Eindrücken im Rahmen seines Engagements für die gesamtwirtschaftliche Interessenvertretung in den Medien.

Schließlich informiert Klaus Josef Lutz über den planmäßigen Wechsel an der Konzernspitze der BayWa AG. Den Vorstandsvorsitz übernehme ab 1. April 2023 Marcus Pöllinger. Klaus Josef Lutz solle nach 15 Jahren an der Unternehmensspitze auf Bitte der Ankeraktionäre für den Aufsichtsrat kandidieren und Manfred Nüssel, der nach über 20 Jahren an der Spitze dieses Gremiums nicht mehr antreten möchte, als Aufsichtsratschef folgen. Die Entscheidung darüber falle am 6. Juni auf der BayWa-Hauptversammlung. Gemäß § 4 Abs. 1 der Wahlordnung setzt die Wählbarkeit in die IHK-Vollversammlung eine IHK-Zugehörigkeit oder eine Befugnis zur gesetzlichen Vertretung einer IHK-zugehörigen juristischen Person in der IHK München voraus. In diesem Zusammenhang weist Klaus Josef Lutz darauf hin, dass er diese Funktion als Geschäftsführer und alleiniger Gesellschafter der Mount Wellington Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Dietramszell erfülle.

TOP 3 Wiederbestellung des Hauptgeschäftsführers

Klaus Josef Lutz führt aus, dass die auf fünf Jahre befristete, erstmalige Bestellung von Manfred Gößl zum Hauptgeschäftsführer am 31. Dezember 2023 ende. Nach § 7 des IHK-Gesetzes werde der Hauptgeschäftsführer durch die Vollversammlung bestellt. Das Präsidium habe in seiner Sitzung vom 7. Februar 2023 einstimmig die Empfehlung an die Vollversammlung zur Wiederbestellung für fünf Jahre ausgesprochen.

Anschließend skizziert Manfred Gößl die Entwicklungen und Erfolge in seiner bisherigen Amtszeit sowie die Ausrichtung der IHK für die nächsten fünf Jahre. Er mache sich stark für eine unternehmerische, partizipative, kommunikative, digitale und wirkungsvolle IHK und sei voller Vorfreude darauf, die IHK-Arbeit weiter gemeinsam mit dem Präsidenten zu verantworten und mit dem Ehrenamt und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu gestalten.

Das Hauptamt verlässt auf Bitten des Präsidenten für die Aussprache und Abstimmung den Saal, mit Ausnahme von Silke Reidl, die die digitale Sitzung weiter betreut. Auch das Streaming wird für die Beratungen der Vollversammlung in diesem nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkt ausgesetzt. Im Anschluss an die nicht-öffentliche Entscheidungsfindung bittet der Präsident alle Vertreter/-innen des Hauptamts wieder in den Börsensaal. Klaus Josef Lutz gratuliert Manfred Gößl im Namen der Vollversammlung wie auch persönlich zur Wiederbestellung und verkündet das Abstimmungsergebnis.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 53 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und einer Enthaltung die Wiederbestellung von Herrn Dr. Manfred Gößl zum Hauptgeschäftsführer mit Wirkung vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2028.

TOP 4 Aktuelles aus den Regionen

Peter Kammerer berichtet über das Projekt „Ein Tag Azubi“, das am 16. November 2022 als Aktionstag in der Region München durchgeführt wurde. Es handelt sich um ein Projekt der Wirtschaftsjunioren, das im vergangenen Herbst pilotweise von der IHK München in Kooperation mit den Wirtschaftsjuniorien Oberbayern adaptiert wurde. Mithilfe eines Matching-Systems wurden Schülerinnen und Schüler mit zu ihren Interessen passenden Unternehmen verknüpft, in denen sie einen Tag lang durch Auszubildende vor Ort in deren

Alltag mitgenommen wurden. Neben einer hohen Anzahl an Matches zeigte sich ein sehr positives Feedback sowohl von Schülerinnen und Schülern als auch von den Unternehmen, von denen 97 Prozent Interesse an einer Teilnahme am nächsten Aktionstag bekundet hätten.

Auch stellt Peter Kammerer die Bemühungen der Stadt München um das RAL-Gütezeichen vor. Die IHK München hatte im Hintergrund eine Zertifizierung als „mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ angeregt und in diversen Gesprächen auf deren Vorteile hingewiesen. So habe u.a. IHK-Vollversammlungsmitglied Kathrin Lehmann in der Münchner Stadtratsverwaltung zu dem Thema gesprochen, woraufhin die Fraktionen von Bündnis 90/Die GRÜNEN und SPD einen entsprechenden Antrag stellten, damit die Stadt die Zertifizierung anstrebe. Die IHK München sei auch in die Umsetzung eng eingebunden. Die Kriterien für das Gütezeichen im Bereich Servicequalität umfassten bspw. eine Reaktion auf eine E-Mail innerhalb eines Tages und das Zahlen von Rechnungen innerhalb von 15 Tagen. Der Landkreis Ebersberg setze diese Versprechen bereits mit großem Erfolg um. Dort ließe sich zudem beobachten, dass es sich nicht um einen Top-Down-Prozess handle, sondern die Mitarbeiter/-innen der Verwaltung das Vorhaben tatkräftig unterstützen würden.

TOP 5 Politische Gesamtinteressenvertretung

Peter Kammerer nimmt Bezug auf die schon eingangs durch den Präsidenten erwähnte Landtagswahl in Bayern. Die Maßnahmen, die die IHK in diesem Zusammenhang ergreife, seien der Vollversammlung bereits vorgestellt worden. Zentral seien die in den bayerischen IHKs derzeit im Beschlussprozess befindlichen Mantelpapiere mit einem thematisch gegliederten Forderungskatalog zu den für die Unternehmen wichtigsten Themen. Nach Zustimmung aller bayerischen IHK-Präsidien und -Vollversammlungen würden die Papiere voraussichtlich am 16. Mai in der BIHK-Vollversammlung veröffentlicht. Die bayernweite Abstimmung verleihe den Papieren zusätzliche kommunikative Schlagkraft.

TOP 5.1 Mantelpapiere Landtagswahl Bayern 2023

Peter Kammerer erläutert zunächst den Fahrplan der Mitwirkungsphasen bei der Landtagswahl. So würden in Kürze im Rahmen der nächsten bayerischen Konjunkturumfrage die Priorisierung der Themen aus Sicht der Unternehmen abgefragt und diese in Abstimmung mit der Kommunikation besonders platziert, sodass sie möglichst Eingang in die Wahlprogramme der Parteien und somit potenziell auch in einen späteren Koalitionsvertrag fänden. Auch Peter Kammerer weist auf die im Mai beginnende Phase der Distanz hin, in der die IHK keine Wahlkampf-Veranstaltungen und keine Veranstaltungen mit politischen Parteien oder Landtagskandidatinnen und -kandidaten in der Öffentlichkeit abhalten und umgekehrt auch nicht aktiv an entsprechenden parteipolitischen Veranstaltungen teilnehmen werde.

Die Mantelpapiere würden auch zukünftig fortlaufend aktualisiert und daher voraussichtlich wiederholt den Vollversammlungen zum Beschluss vorgelegt. In der auf der Ehrenamtsplattform abrufbaren Datei wurden die Punkte, die nicht durch bestehende

Beschlüsse abgedeckt waren, graphisch hervorgehoben. Aufgrund des sehr breiten vorhandenen Beschlusstextes habe es sich nur um wenige Ergänzungen gehandelt.

Es gibt keine Wortmeldungen oder Ergänzungen seitens der Vollversammlungsmitglieder.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 52 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und 2 Enthaltungen: Dem Entwurf der Mantelpapiere zur Landtagswahl Bayern 2023 in der aktuell vorliegenden Fassung wird zugestimmt.

TOP 5.2 Aktualisierung der bundespolitischen Mantelpapiere

Peter Kammerer weist darauf hin, dass die bundespolitischen Mantelpapiere in vielen Punkten den Papieren zur Landtagswahl ähneln, da diverse Themen die Landes- und die Bundesebene betreffen, teils jedoch andere Maßnahmen und Herangehensweisen empfohlen würden. Die bundespolitischen Mantelpapiere seien ursprünglich im Bundestagswahljahr 2021 erstellt und seitdem ergänzt worden. Änderungen wurden in den Papieren farblich gekennzeichnet. Auch die bundespolitischen Mantelpapiere dienen dazu, die Kommunikation der IHK München gegenüber politischen Akteuren zu untermauern und die Schlagkraft der Forderungen zu erhöhen, indem diese übersichtlich und systematisch übermittelt werden können. Ziel sei es, sich nicht auf Problembeschreibungen zu beschränken, sondern Lösungen vorzuschlagen.

Klaus Josef Lutz merkt an, dass sich der sachliche Ton von Gesprächen mit verschiedenen politischen Parteien in der IHK deutlich von dem Duktus unterscheidet, der vorherrsche, wenn die gleichen Politiker/-innen außerhalb der IHK in Kameras sprechen. Manfred Gößl ergänzt, dass in der Politikberatung ein Mix von vertraulichen Gesprächen und medialen Positionierungen Erfolg verspreche. Die Kunst bestehe in der richtigen Ausrüstung im richtigen Moment. Die IHK München lege großen Wert auf sachliche, faktenbasierte Politikberatung, die eine vertrauensvolle Beziehungsebene zwischen den Personen auf Politik- und IHK-Seite gewährleistet.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 49 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen: Dem Entwurf der Aktualisierung der bundespolitischen Mantelpapiere in der aktuell vorliegenden Fassung wird zugestimmt.

TOP 5.3 IHK-Position zur EU-Richtlinie über die Haftung für fehlerhafte Produkte

Beate Ortlepp erläutert die Hintergründe zum Beschluss. Das deutsche Produkthaftungsgesetz in seiner derzeitigen Fassung bilde bereits eine Haftung ohne Verschulden (Gefährdungshaftung) ab. Damit läge eine ideale Risikoverteilung vor. Mit der neuen EU-Richtlinie zur Haftung für fehlerhafte Produkte ändere sich dies grundlegend, da eine Haftungsverschärfung für alle Produkte zulasten der Unternehmen eintrete, im Rahmen derer sämtliche Zulieferer für die Fehler des Endproduktes haftbar würden. Außerdem entfalle die bisherige Haftungshöchstgrenze von bislang 85 Mio. Euro.

Ferner sehe die Richtlinie eine Beweislastumkehr vor, sodass Unternehmen unter Umständen interne Dokumente vorlegen müssten, um ihre Schuldfreiheit zu belegen. Bei einer Nicht-Offenlegung dieser Dokumente bedeute dies automatisch, dass das Unternehmen den Prozess verliere. Dies habe deutlich höhere Versicherungskosten zur Folge, die wiederum auf Produktpreise und somit Verbraucher umgelegt werden müssten, was die Wettbewerbsfähigkeit belaste.

Klaus Josef Lutz bestätigt diese Einordnung aus unternehmerischer Sicht und sieht massive negative Folgen für die Wirtschaft im Falle einer Umsetzung der EU-Richtlinie in jetziger Fassung.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 48 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung: Dem beigefügten IHK-Positionspapier "EU-Richtlinie: Haftung für fehlerhafte Produkte" wird zugestimmt.

TOP 5.4 IHK-Position Klimaschutzverträge

Manfred Gößl berichtet, dass die vorgestellte Position am 26. Januar im Fachausschuss Umwelt und Energie und am 7. Februar im Präsidium jeweils behandelt und beschlossen wurde. Klimaschutzverträge würden benötigt, so lange es in der Produktion teurer sei, auf erneuerbare Energien umzustellen als einen CO₂-Preis zu zahlen. Die IHK setze sich dafür ein, dass möglichst viele energieintensive Unternehmen von dem Unterstützungsinstrument profitieren können. Gegenüber dem ersten Entwurf des BMWK, der einen Zugang zu Klimaschutzverträge ab 30.000 t Emissionen CO₂ pro Jahr beinhaltete, sehe der aktuelle Entwurf auch nach Einwirken der DIHK „nur“ noch 10.000 t CO₂ pro Jahr als Zugangsgrenze vor. Die IHK-Organisation werde gemeinsam versuchen, den Grenzwert weiter zu senken. Ebenso befürworte die IHK ein wettbewerbliches Verfahren, welches nunmehr in Form eines Auktionsverfahrens umgesetzt werden soll. Nach Vorstellung des Bundes müssten die Unternehmen sich für einen Zeitraum von 15 Jahren auf ein Vorgehen festlegen, was praktisch unmöglich sei. Auch die sehr starren Regelungen für die Erfolgsmessungseckwerte, z.B. 50 Prozent Einsparung nach einem Jahr, bei deren Nichteinhaltung Gelder zurückzuzahlen seien, müsse aufgeweicht und praktikabler gestaltet werden. Schließlich würde die IHK auf die Senkung der angesetzten 70 Prozent Abschöpfung von Gewinnen hinwirken. Manfred Gößl zieht das Fazit: Klimaschutzverträge sind eine richtige Idee, im aktuellen Entwurf aber noch zu starr gefasst.

Klaus Josef Lutz und Eduard Kastner sehen eine weitere Welle von Bürokratie und Kontrolle im Anmarsch, die die Abwanderung energieintensiver Unternehmen bzw. deren Niederlassungen weiter beschleunigen könnte. Diese Gefahr sieht Manfred Gößl ebenso. Auch die Gewerkschaften energieintensiver Sektoren würden nunmehr warnend die Stimme erheben.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 52 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und 3 Enthaltungen: Dem Positionspapier "Klimaschutzverträge richtig gestalten und als Übergangsförderung ausweiten" wird zugestimmt.

TOP 5.5 IHK-Position zu Superabschreibungen

Beate Ortlepp betont, die IHK unterstütze beschleunigte Abschreibungsfristen, auch Superabschreibungen in Form einer Investitionsprämie. Letztere seien kürzlich von Bundesfinanzminister Christian Lindner angekündigt worden, Details kenne man bislang nicht. Aus dem Koalitionsvertrag sei bekannt, dass Superabschreibungen auf Investitionen in den Bereichen Klimaschutz und Digitalisierung begrenzt werden sollten, zuletzt offenbar nur noch auf Klimaschutz. Dies schaffe große Abgrenzungsprobleme und würde diverse Einzelfallentscheidungen erfordern, ebenso wie unendlich fortzuschreibende Kategorienlisten. Man denke an eine Maschine, die für die Produktion von Windrädern, aber auch für den Betrieb eines Kohlekraftwerkes eingesetzt werden kann. Eine Abgrenzung sei hier maximal komplex und führe zu Rechtsunsicherheit. Die IHK fordere daher eine breite Abschreibungsmöglichkeit zur Ermutigung von Investitionen.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 54 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und einer Enthaltung: Dem beigefügten IHK-Positionspapier "Investitionsturbo zünden, ohne Steuerrecht zuverkomplizieren" wird zugestimmt.

TOP 6 Selbstverwaltung

TOP 6.1 Übertragung der Aufgabe „Ausstellung von Carnet A.T.A. / CPD“ von der IHK Nürnberg für Mittelfranken auf die IHK für München und Oberbayern

Klaus Josef Lutz erläutert, dass den IHKs gem. § 1 Abs. 3 IHKG u.a. die Ausstellung von Carnets A.T.A. / CPD (Zollpassierscheinheft zur vorübergehenden Verwendung von Waren im Ausland) obliege. Seit Januar 2022 sei bei der IHK für München und Oberbayern in einem bundesweit einzigartigen Pilotprojekt die elektronische Beantragung und Bearbeitung von Carnets (eCarnet) möglich. Innerhalb nur eines Jahres seien knapp 90 % der Carnet-Antragsteller der IHK für München und Oberbayern auf die digitale Carnet-Antragstellung umgestiegen. Die IHK Nürnberg möchte diese Aufgabe auf die IHK München übertragen. Die Aufgabenübertragung entspreche mangels Zusatzkosten und dank Einsparung von Kosten im Rahmen der Digitalisierung dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 45 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen, dass die IHK für München und Oberbayern die Aufgabe der Ausstellung von Carnet A.T.A. / CPD gem. § 1 Abs. 3 i.V.m. § 10 Abs. 1 Alt. 1 IHKG entsprechend dem als Anlage beigefügten Aufgabenübertragungsvertrag von der IHK Nürnberg für Mittelfranken übernimmt.

**TOP 6.2 Neuberufung der Arbeitgebervertreter/-innen des
Bildungsausschusses für die Amtsperiode 2023 - 2027**

Klaus Josef Lutz erläutert, dass die Neuberufung der Arbeitgebervertreterinnen und -vertreter für den Berufsbildungsausschuss für die Amtsperiode 2023 – 2027 anstehe. Die Vorschläge umfassen zwölf Personen, sechs Beauftragte und sechs stellvertretende Mitglieder. Gegenüber der andauernden Amtsperiode ergebe sich lediglich eine Änderung: Simona Haker solle für die ausscheidende Birgit Popp als stellvertretendes Mitglied neu in den Ausschuss berufen werden.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 50 Ja-Stimmen, 0 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen: Als Beauftragte der Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen für den Berufsbildungsausschuss und als stellvertretende Mitglieder des Berufsbildungsausschusses werden die jeweils in der Beschlussvorlage genannten Personen vorgeschlagen.

TOP 7 Bericht der Geschäftsführung

Manfred Gößl beginnt seinen Bericht anlässlich des Weltfrauentags mit der Würdigung des vorbildlichen ehrenamtlichen Engagements von Frauen aus dem Präsidium und der Vollversammlung anhand konkreter Beispiele. Dank einer Kombination aus einem starken Standort mit guten Bedingungen, aktiven Unternehmerinnen und gezielter Netzwerkbildung sei die IHK München ein Role Model in Sachen Frauenpräsenz mit einem Anteil von fast 50 Prozent weiblichen Mitgliedern in der Vollversammlung geworden. Manfred Gößl bedankt sich insbesondere bei Elfriede Kersch, die maßgeblich die an Frauen gerichtete Arbeitsgruppen, Ausschüsse, Initiativen und Veranstaltungen der IHK München mit ihrem Team organisiere, wie etwa den Girls' Day am 27. April, den Unternehmerinnentag am 7. Juli oder die Ausrichtung der Tagung des DIHK-Netzwerks „Business Women IHK“ 2025.

Aus der bayerischen Konjunkturmfrage im Januar sei laut Gößl hervorzuheben, dass die größten Sorgen der Unternehmen derzeit weiterhin der Arbeitskräftemangel sowie die Energie- und Rohstoffpreise seien, auch wenn diese zuletzt an Druck verloren haben. Auch seien steigende Zinsen und eine hartnäckige Inflation zu erwarten.

Weiterhin thematisiert Gößl die Kampagne #WirtschaftBrauchtEnergie in den sozialen Medien (mit Dank an die Mitwirkenden), den Brennerverkehr (kommende baustellenbedingte Einspurigkeit), die drohende Werkschließung der Firma Dyneon im Chemiepark Gendorf (Verbotsplanung PFAS-Chemikalien durch EU-Kommission ohne vorhandene Alternativen), die am 9. März startende Standortumfrage in Oberbayern, die am 13. März beginnende bundesweite IHK-Ausbildungskampagne (#jetztkönnenlernen) sowie diverse IHK-Veranstaltungen bis zum Sommer.

Unter Verweis auf das neue Tableau „IHK in Zahlen“ betont Manfred Gößl, dass insbesondere bei den Abrufzahlen der IHK-Website 2022 mit 13 Millionen Abrufen ein beeindruckender neuer Rekord erreicht wurde. Darüber hinaus zeigte eine Umfrage unter Journalisten höchste Zufriedenheit mit der Pressearbeit der IHK für München und

Oberbayern. Er bedankt sich hierfür bei Tom Neumann und seinem Team. An die hohen Qualitätsstandards würde weiter angeknüpft.

TOP 8 Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen der Vollversammlungsmitglieder.
Klaus Josef Lutz weist auf die kommenden Sitzungstermine der Vollversammlung hin.
Er beendet die Sitzung um 18:01 Uhr.

München, den 31. Mai 2023

Industrie- und Handelskammer
für München und Oberbayern

Präsident



Prof. Klaus Josef Lutz

Hauptgeschäftsführer



Dr. Manfred Gößl

Anlagen

1. Anwesenheitsliste
2. Beschlussvorlage Wiederbestellung des Hauptgeschäftsführers
3. Beschlussvorlage Mantelpapiere Landtagswahl Bayern 2023 und Anlage
4. Beschlussvorlage Aktualisierung der bundespolitischen Mantelpapiere und Anlage
5. Beschlussvorlage IHK-Position Produkthaftung
6. Beschlussvorlage IHK-Position zu Klimaschutzverträgen
7. Beschlussvorlage IHK-Position zu Superabschreibungen
8. Beschlussvorlage Übertragung der Aufgabe Ausstellung von Carnet A.T.A. / CPD von der IHK Nürnberg für Mittelfranken auf die IHK für München und Oberbayern
9. Beschlussvorlage Neuberufung der Arbeitgebervertreter/-innen des
10. Berufsbildungsausschusses für die Amtsperiode 2023 – 2027
11. Gesamtpräsentation